

WAHLPRÜFSTEINE DES BEZIRKSVERBANDS DER GARTENFREUNDE PANKOW E. V. UND DES BEZIRKSVERBANDS DER KLEINGÄRTNER BERLIN-WEISSESEE E. V. ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

-Antworten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus-

Berlin, den 20.05.2021

TEIL 1: STADTPLANUNG

Wie gewährleistet Ihre Partei zukünftig die Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten?

Wir haben intensiv an der Erarbeitung der "Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der räumlichen Stadtentwicklung" mitgearbeitet und unterstützen ihre Umsetzung. In den Leitlinien sind Grundsätze festgeschrieben - wie Transparenz und frühzeitige, verständliche Information über Vorhaben des Landes und privater Bauherren; eine breite Einbindung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen, etc. - sowie konkrete Instrumente zur Beteiligung. Zu den Instrumenten gehören Anlaufstellen, auch in den Bezirken; die Vorhabenlisten auf mein.berlin.de, auf denen Projekte mit Hintergrundinformationen, Planungsstand und Zwischenergebnissen der Beteiligung einzusehen sind sowie Beteiligungskonzepte für große Vorhaben und der Beteiligungsbeirat. Wir haben in den Haushaltsberatungen erreicht, dass es bezirkliche Beteiligungsbüros gibt, damit auch dort bei größeren Vorhaben eine Mitbestimmung möglich wird.

Jeden Tag gehen viele m² Freifläche durch Bebauung verloren ("Baulücken" mit Hecken, Wiesen und Bäumen). Luftbilder zeigen, wie die Versiegelung deutlich voranschreitet. Wie wollen Sie hier in Zukunft Lebensräume für Tiere (z.B. Gebäudebrüter und Fledermäuse) sowie Pflanzen erhalten? Planen Sie z.B., für Neubaugebiete den Einbau von Nistkästen und das Anlegen von Fassadenbegrünungen verbindlich zu regeln?

Die zunehmende Versiegelung ist ein deutliches Problem, mit dem wir umgehen müssen. Sie kann nicht völlig durch Maßnahmen an den Gebäuden ausgeglichen werden, sondern muss dringend begrenzt werden.

In jedem Fall sollen Neubauten zukünftig nur noch mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Denn auch Gebäude sind wichtige Lebensräume für Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung das berücksichtigt und Gebäudebrüter nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein, und über die minimalen Anforderungen hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und strukturreichem Grün insekten- und tierfreundlich gestaltet werden, um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Grünflächen müssen außerdem multifunktional gestaltet werden, d.h. Räume, die für Tiere und Natur eine Lebensbasis bilden, müssen in der Landschaftsplanung eingeplant werden. Begutachtungen von Brutplätzen bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

Bereits vor der Wahl wollen wir in der Bauordnung den Paragrafen zu nichtüberbauten Flächen der bebauten Grundstücke verbessern und tierfreundliches Bauen einfügen. Dabei wird Wasseraufnahmefähigkeit, Fassadenbegrünung von mindestens 20% wie in Wien und Nistmöglichkeit für Gebäudebrüter und Quartiere für Fledermäuse festgeschrieben.

Der Bedarf an Wohnraum steigt. Wie werden Sie klimafreundliche Siedlungsstrukturen fördern, um diesen Bedarf zu decken?

Wir brauchen eine soziale und ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen, die multifunktional definiert sein müssen. Das erreichen wir durch Bebauungspläne, Struktur- und Nutzungskonzepte und Rahmenpläne, in denen flächensparendes Bauen zugunsten von Grün- und Freiflächen festgeschrieben werden.

Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau oder

bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb in Zukunft ökologische, energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe sowie die Potenziale des Baustoffrecycling genutzt werden. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für Information und Vernetzung.

Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter, eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse zu ermöglichen.

In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden.

Für uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.

Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen.

Den Einsatz von Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den Bedarf an Sand zu verringern.

Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest. Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie ein lebenswertes Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, gestalten, deren Flächen vorrangig für die Menschen da sind, weniger für Parkraum und Autoverkehr?

Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung. Die Wege sind kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht

nicht nur die Lebensqualität, sondern ist auch gut für unser Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine sozial und ökologische Stadtentwicklung weiter voranbringen.

Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein, dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten.

Wir schlagen ein landesweites Parkplatz-Entsiegelungsprogramm vor. Wir wollen Berliner Verkehrsinfrastruktur in den nächsten Jahren durch das Entsiegeln und die Umwidmung neu gestalten und überall in der Stadt grüne Oasen mit Wasserbecken, Pocket Parks, Trink- und Spielbrunnen für Mensch, Flora und Fauna entstehen lassen. Autoparkplätze sollen in der Innenstadt größtenteils entsiegelt und die ÖPNV- sowie Fahrradinfrastruktur verstärkt werden.

Genau wie an Kreuzungen und für Fahrradbügel sollen die Bezirke auch Parkplätze für neue Bäume umwandeln können. So können auch Straßen mit engen Gehwegen endlich ausreichend Bäume bekommen, ohne dass es für Fußgänger*innen zu eng wird. Neue Stadtplätze, Parkplätze und Straßen, die nicht zum Hauptverkehrsnetz gehören, sollen grundsätzlich mit versickerungsfähigem Belag versehen werden.

Ein Fokus wird auf häufige Aufenthaltsorte besonders gefährdeter Menschen gelegt. So sollten Flächen insbesondere im Umkreis größerer Senior*innen- und Pflegeeinrichtungen sowie Stadtteilzentren berücksichtigt werden und die entsprechenden Einrichtungen an den städtischen Programmen zur Begrünung und Umgestaltung von Außenflächen beteiligt werden.

Als Pilotprojekte und zur Veranschaulichung wollen wir nach dem Vorbild Wiens in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. In diesen wird mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen, Erfrischungsmöglichkeiten für Jung und Alt sowie entsiegelten Stellen und ausreichend Sitzgelegenheiten einem Kiez eine Oase geschenkt. Sie sollen verkehrsberuhigt und nicht-kommerziell sein, eine hohe Aufenthaltsqualität haben und allen Menschen gleichsam zugutekommen. Mit diesen klimaangepassten Straßen, wie sie der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gerade einführt, wollen wir die Lebensqualität der Menschen steigern und vor Ort die Stadt vor dem Hitzeschlag retten. In den neuen Stadtquartieren und bei der Innenentwicklung sollen die "Kühlen Meilen" gleich mit eingeplant werden.

Kurzfristig wollen wir mit neuen, temporären, hitzegeschützten Orten durch mobile Beschattungen und Stadtmöbel in Berlin eine neue Aufenthaltsqualität auch mitten in der Hitzewelle erreichen. Perspektivisch wollen wir mehr zentrale nicht-kommerzielle kühle öffentliche Orte wie Stadtteilzentren, Stadtteilgärten schaffen und bisherigen Verweilorten oder Spielplätzen mehr Schatten spenden.

Auf Bundesebene muss in der Baunutzungsverordnung (BauNVO) ein qualitativ begründetes System von Richt- u. Kennwerten der Grünversorgung etabliert werden. Statt Autostellplätze zu genehmigen, welche viele Menschen ohnehin nicht mehr brauchen, wollen wir Bäume vorschreiben, die allen zugutekommen.

Der Klimawandel ist heute schon spürbar. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Berlin, insbesondere um den Bezirk Pankow, an die Veränderung des Klimas anzupassen?

Berlin muss CO₂-Emissionen einsparen, um den Klimawandel möglichst zu begrenzen. Aber wir müssen unsere Stadt auch auf die bereits akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien dafür entwickeln. Dach- und Fassadenbegrünung, Kühle Meilen und multifunktionale Grünflächen mit Versickerungsflächen sind Maßnahmen gegen den Klimawandel, die wir forcieren werden.

Der Umbau Berlins zu einer resilienten Stadt ist nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar, dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt.

Mit z.B. dem Programm „1.000 Grüne Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gefördert. Wir wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben zusammen mit Baumpat*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das öffentliche Lebensumfeld bürger*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen Aufstellung von Solaranlagen verbinden.

Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht und somit einen Plan vorgelegt, wie zukünftig die Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll. Durch die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden. Außerdem haben wir in die Strukturen investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr Grünflächenamt und für ihre Bäume ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen um auf diese Weise die Anzahl der Bäume zu steigern und insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 schützen wir fast alle Kleingärten für die kommenden Jahre. Und auch darüber hinaus werden wir uns für ihren Erhalt einsetzen. Juristisch wirksame Instrumente sind dabei die Änderung der Flächennutzungspläne und die Aufstellung von B-Plänen, in denen die Kleingartenflächen festgesetzt werden.

Wie steht ihre Partei beim Wohnungsbau zur Vertikalverdichtung statt weiterer Flächenversiegelung?

Flächensparendes Bauen ist ein wichtiges Werkzeug gegen zunehmende Versiegelung. Viele Bauprojekte, die sich mit Aufstockung beschäftigen, haben qualitativ hohen Wohnraum geschaffen, der die Nachbarschaften bereichert und Wohnraum schafft. Wir setzen uns deshalb für Aufstockungen ein, sofern es bei den Bestandsgebäuden sinnvoll möglich ist.

Mit einer sinnvollen Planung ist es in Neubauquartieren möglich bei Einhaltung der Berliner Traufhöhe bis zu 7 Geschosse in den Wohnhäusern unterzubringen anstatt 5 Geschosse in den Altbauten. In den Neubauquartieren muss nicht in allen Fällen die Berliner Traufhöhe die absolute Grenze sein. Wichtig ist dabei jedoch, dass lebendige, lebenswerte und qualitativ hochwertige Kieze entstehen. Auch hierfür kann eine Internationale Bauausstellung (IBA) gute und umsetzbare Beispiele liefern.

TEIL 2: GRÜN

Wie wollen Sie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, die für die Luftqualität von entscheidender Bedeutung sind, erhalten?

Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete sind mit Blick auf die Klimaanpassung, die für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren sein wird, von hoher Bedeutung. Wir sprechen uns daher klar dafür aus, dass solche Gebiete, wie etwa das Tempelhofer Feld, in der jetzigen Form erhalten bleiben und setzen uns dafür ein, dass beispielsweise die Kleingartenflächen langfristig über B-Pläne und den Flächennutzungsplan gesichert werden.

Was werden Sie tun, um die zunehmende Anlage von privaten „Stein-/Schottergärten“ einzudämmen? Was halten Sie davon, Vorgärten mit insektenfreundlichen Pflanzen vorzuschreiben?

Andere Städte wie Heilbronn, Paderborn oder Herford haben Schottergärten verboten. Berlin ist diesen Schritt bisher noch nicht gegangen, informiert aber im Internet über die Nachteile solcher Gärten. Wir sind im Bezug auf mögliche planungsrechtliche Maßnahmen offen, dies gilt auch für mögliche Vorgaben hinsichtlich des Schutzes der Biodiversität.

Es ist bekannt, dass insgesamt die Insektenbestände dramatisch zurückgehen. Wie wollen Sie die Verbreitung heimischer Pflanzen fördern und die Vernetzung von insektenfreundlichen Grünflächen/Kleingärten sicherstellen? Welche Bedeutung haben dabei Kleingärten im Erhalt der Biodiversität?

Kleingärten haben eine hohe Bedeutung und ein hohes Potential im Bezug auf den Schutz der Biodiversität. Auch deshalb sprechen wir uns deutlich dafür aus, dass sie erhalten und geschützt werden sollen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode eine Strategie zum Schutz von Bienen und anderen Bestäubern in Berlin entwickelt, die derzeit umgesetzt wird. Zentrales Ziel ist es, Lebensräume für Wildbienen und andere Bestäuber dauerhaft zu verbessern. Zu den Maßnahmen der Bienenstrategie zählt unter anderem die Ausstattung von Grünflächen mit geeigneten Nistplätzen für Wildbienen und bestäuberfreundliche Neubepflanzungen. In dem Projekt „Berlin blüht auf“ werden öffentliche Flächen beispielhaft naturnah, etwa als Wildblumenwiese, gestaltet.

Außerdem setzen wir die Strategie zur biologischen Vielfalt um, die bereits 2012 verabschiedet, aber nicht umgesetzt wurde. Wir haben hierfür extra eine eigene Personalstelle in der Verwaltung geschaffen. Seit 2020 ist Berlin zudem „Kommune für biologische Vielfalt“.

Die Bevölkerungszahl von Pankow wächst stetig. Die Parks sind durch die hohe Besucheranzahl bereits stark belastet und stark verschmutzt. Dadurch erhöht sich auch der Naherholungs-Nutzungsdruck auf die sensiblen Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiete. Wie und wo wollen Sie der weiterhin zunehmenden Bevölkerung Grün- und Naherholungsflächen zur Verfügung stellen?

Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiete gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen auch weitere Naturgebiete schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten. Damit soll der Anteil auf 20 Prozent der Landesfläche steigen.

Ein wichtiger Baustein, um auch bei sich erhöhendem Nutzungsdruck auf Grün- und Naherholungsflächen eine Sensibilität für die Natur bei den Nutzer*innen sicherzustellen, sind die Projekte „StadtNatur-Ranger“, „Parkranger“ und „Naturerleben mobil (Nemo)“. Die StadtNatur-Ranger*innen sind als Vermittler*innen zwischen Mensch und Natur in allen zwölf Berliner Bezirken unterwegs. Parkmanager*innen sind Mittler*innen zwischen Mensch und Grünfläche (Park). Mit Nemo lernen Grundschulklassen oder Hortgruppen schon früh über die Bedeutung der Stadtnatur. Zudem haben wir in allen Bezirken jeweils ein Umweltbildungszentrum aufgebaut und finanziert.

Wie steht ihre Partei zur Förderung der Nahversorgung und damit der Resilienz durch die Ausweitung von Kleingartenanlagen (Anpassung der Flächen an den Einwohnerzuwachs)?

Wir Bündnisgrünen setzen uns dafür ein, dass das Stadtgrün mit der wachsenden Stadt wächst. In einem Dreiklang aus Flächensicherung, Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Hierbei ist uns das Thema Gärtnern in allen unterschiedlichen Ausrichtungen sehr wichtig. Wir wollen mehr Menschen in Berlin ermöglichen, auf öffentlichen Flächen zu gärtnern.

Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Boden als CO₂-Speicher geschützt und gefördert wird? Welche Rolle sollen dabei Kleingärten spielen?

Wir sprechen uns dafür aus, ein landesweites Entsiegelungsprogramm aufzulegen. Hierbei sollen gezielt Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifiziert werden, um den Boden von Beton und Asphalt zu befreien und für beispielsweise einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. In Zukunft soll zum Schutz des Bodens gelten, dass jede versiegelte Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen werden muss. Zudem soll das Ökokonto weiter ausgebaut werden, um Böden zu schützen und Grünflächen und Biotope zusammenhängend entwickeln zu können.

Im Bezug auf die Kleingärten sprechen wir uns klar dafür aus, dass sie, wie bereits erwähnt, erhalten und geschützt werden. Sie sind für den Bodenschutz von hoher Bedeutung.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, die Kultur der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“, der Kleingärten oder vergleichbare Projekte nutzbringend verbindet und unterstützt?

Die Zukunft des Gärtnerns in der Stadt ist naturnah, sozialgerecht, divers und ermöglicht es möglichst vielen Menschen zu partizipieren. Hieran werden sich unsere Bemühungen ausrichten. Wir möchten mit allen Beteiligten aus allen Bezirken diskutieren, wie man öffentliche Flächen so nutzen kann, dass die oben genannten Parameter optimal erfüllt werden.

Sehen Sie gesetzliche Möglichkeiten landeseigene Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern? Wenn ja, welche?

Eine Sicherung per Gesetz ist leider nicht möglich. Zu diesem Ergebnis ist das von uns in Auftrag gegebene Rechtsgutachten gekommen. Nun ist es wichtig, rechtssichere Maßnahmen zu identifizieren und auf den Weg zu bringen. So ist es möglich, Kleingartenflächen über B-Pläne und den Flächennutzungsplan zu sichern. Dieser Weg muss unseres Erachtens durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eingeschlagen werden. Es ist nicht

sinnvoll, eine gesetzliche Sicherung anzustreben, die nicht rechtssicher ist. Anstatt Sicherheit entsteht damit Unsicherheit. Das wollen wir vermeiden.

Welche Vorschläge haben Sie, um Kleingartenflächen auf privatem Grund und Boden dauerhaft zu sichern?

Der Ankauf wäre hierfür ein wichtiges Instrument. Dazu müssen Gespräche mit den Eigentümer*innen wie z.B. der DB geführt werden. Hierfür bräuchte es zunächst und insbesondere eine verlässliche Aufstellung der zu erwartenden Kosten durch die Senatsverwaltung für Finanzen.

Unterstützen Sie die Gesetzesinitiative zum Erhalt der Berliner Kleingartenflächen?

Eine Sicherung der Berliner Kleingartenflächen per Gesetz ist leider nicht möglich. Zu diesem Ergebnis ist das von uns in Auftrag gegebene Rechtsgutachten gekommen. Nun ist es wichtig, rechtssichere Maßnahmen zu identifizieren und auf den Weg zu bringen. So ist es möglich, Kleingartenflächen über B-Pläne und den Flächennutzungsplan zu sichern. Dieser Weg muss unseres Erachtens durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eingeschlagen werden. Es ist nicht sinnvoll, eine gesetzliche Sicherung anzustreben, die nicht rechtssicher ist. Anstatt Sicherheit entsteht damit Unsicherheit. Das wollen wir vermeiden.

Welche Vorschläge haben Sie zur Neuschaffung von Kleingartenflächen?

Wie bereits erwähnt, sehen wir die Zukunft des Gärtnerns in der Stadt als naturnah, sozialgerecht, divers und mit Möglichkeiten für möglichst viele Menschen zu partizipieren. Neu geschaffene Kleingärten müssen nach diesen Parametern angelegt werden. Die neuen Stadtquartiere müssen von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen so geplant werden, dass Flächen für das Gärtnern (nicht nur Kleingärten) ausgewiesen werden.

TEIL 3: WIRTSCHAFT

Wie wird Ihre Partei die lokale, mittelständische Wirtschaft und die Start-Up-Szene in den Pankower Ortsteilen stärker fördern?

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit jeher insbesondere für den inhabergeführten Handel in den Kiezen ein. In den letzten Jahren haben sich hier auch mehr und mehr Manufakturen etabliert, von der Upcycling-Werkstatt bis zur Craft-Beer-Brauerei. Diese Entwicklung der lokalen Produktion, verbunden mit lokalem Vertrieb, unterstützen wir sehr. So kann mehr regionale Wertschöpfung erzielt und dementsprechend nachhaltig gewirtschaftet werden. Einige dieser Unternehmen engagieren sich auch sozial und können nun von der neu durch uns geschaffenen Förderung für social entrepreneurs profitieren.

Unser besonderes Augenmerk liegt heute und in den kommenden Jahren auf der Mietpreisentwicklung. Wir fordern auf Bundesebene auch eine Gewerbemietpreisbremse und wollen weitere Instrumente entwickeln, um die Berliner Mischung zu erhalten.

Berlin wird von Startups in Europa schon heute als Standort mit dem besten Umfeld bewertet. Das wollen wir weiter ausbauen. Denn die vielen Gründer*innen ziehen auch andere, etablierte Unternehmen in unsere Stadt und sorgen so doppelt für Arbeitsplätze.

Die bestehenden Förderprogramme werden wir noch stärker fokussieren auf Unternehmensideen, die ökologisch und sozial nachhaltig wirtschaften oder den Klimaschutz zum Ziel haben. Frauen wollen wir gezielt animieren, ihre Ideen ebenfalls in Geschäftskonzepten umzusetzen, um die Quote der Gründerinnen deutlich zu erhöhen.

Mit dem Zukunftsort Berlin-Buch verfügt Pankow über einen international renommierten Standort der Gesundheitswirtschaft, auf dem ab 2023 im BerlinBioCube auf zusätzlichen 8.000 qm Labor- und Bürofläche Services für Start-Ups in den Life Sciences entstehen.

TEIL 4: VERKEHR

Beabsichtigen Sie, Park & Ride-Plätze weiter auszubauen, um z. B. den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren?

Zwischen Berlin und Brandenburg pendeln täglich ca. 300.000 Menschen. Zwei Drittel von ihnen Pendeln nach Berlin, maximal 1/5 dieser Menschen nutzt dafür den ÖPNV. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsunternehmen im Großraum Berlin ist daher für die Verkehrswende fundamental wichtig. Erstmals seit Jahrzehnten konnte unsere bündnisgrüne Senatorin Regine Günther die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg verbessern. Mit dem Projekt i2030 konnte ein Meilenstein in der Vernetzung beider Regionen erreicht werden, und zwar mit Partner*innen aus beiden Ländern, sowie dem Bund. Wir verfolgen als bündnisgrüne Verkehrspolitiker*innen das Ziel, den ÖPNV im gesamten Stadtgebiet und bis nach Brandenburg so gut zu machen, dass niemand mehr mit dem Auto fahren muss. Das wollen wir durch die Reaktivierung alter Strecken (Siemensbahn, Heidekrautbahn, Potsdamer Stammbahn, u.a.), durch neue Strecken (i2030) und durch Angebotserweiterung und Taktverdichtung erreichen. Mit dem Nahverkehrsplan investieren wir bis 2035 28 Mrd. Euro in den ÖPNV. Das schließt neue Wagen für die U- und S-Bahn, Bahnsteigsanierungen und neue Technik genauso ein, wie Lückenschlüsse wo sie ökologisch und verkehrlich sinnvoll sind.

Was das Angebot von P&R und B&R betrifft, so haben wir auch hier eine gemeinsame Erklärung mit Brandenburg verfasst. Die Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen. Im Moment stehen circa 25.000 P&R-Plätze zur Verfügung. Um also allen Pendler*innen ein Angebot machen zu können, wären große Flächen nötig. Flächen, die an all den Zusteigepunkten knapp geworden sind. Parkhäuser könnten ein Weg sein, doch müssten diese sich über die Parkgebühren gegenfinanzieren und wären damit für die Pendler*innen nicht attraktiv. Daher setzen wir in erster Linie auf Angebotsausbau, Taktverdichtungen und neue Technologien, wie etwa moderne Rufbussysteme.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den ÖPNV insgesamt attraktiver zu machen? Bitte nennen Sie Beispiele, was Sie für geeignete Mittel halten (z.B. engere Taktung, flexiblere/kleinere/größere Einheiten/Trassenerweiterungen o.ä.).

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin verfolgt die sozial-ökologische Verkehrswende. Wir wollen die autogerechte Stadt mit ihren gesundheits- und klimaschädlichen Folgen ablösen und somit Berlin noch lebenswerter machen. Um das zu erreichen, stärken wir den Umweltverbund aus Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr. Wir haben ihm mit dem Mobilitätsgesetz Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr eingeräumt.

Der ÖPNV ist das Rückgrat der Mobilitätswende. Daher haben wir in dieser Legislaturperiode eine nie da gewesene ÖPNV-Offensive angestoßen. Wir haben neue Fahrzeuge für die BVG bestellt, bauen einen landeseigenen Fuhrpark für die S-Bahn auf, elektrifizieren die Busflotte

und beschleunigen Bus und Bahn. Erklärtes Ziel unserer Politik ist eine inklusive, barrierefreie Mobilität in ganz Berlin. Die BVG hat auf manchen U-Bahn-Linien schon heute eine Mobilitätsgarantie erlassen. Diese wollen wir auf das ganze Stadtgebiet ausweiten.

Prioritär verfolgen wir dabei den Tram-Ausbau. Denn Straßenbahnen sind eine kostengünstige, ressourcenschonende und schnell zu realisierende Alternative auf der Schiene. Mit dem neuen Verkehrsvertrag haben wir außerdem die BVG finanziell erheblich gestärkt. U- und S-Bahn erhalten neue Züge, Taktverdichtungen werden möglich. Mit dem Projekt i2030 und dem Nahverkehrsplan verfolgen wir den Streckenausbau nach Brandenburg. Denn der Pendler*innenverkehr ist für einen Großteil des Autoverkehrs in Berlin verantwortlich. Wir wollen hier Angebote machen und den Menschen den Umstieg auf den ÖPNV auch aus dem Berliner Umland erleichtern. Das beinhaltet auch die Reaktivierung von Strecken wie der Heidekrautbahn und vielen weiteren Strecken. Um Menschen in weniger dicht besiedelten Gebieten ein gutes ÖPNV-Angebot machen zu können, setzen wir auf Rufbussysteme und Ride-Pooling. Zudem wollen wir die Digitalisierung auch im Mobilitätsbereich vorantreiben um mehr Mobilität bei weniger Verkehr zu ermöglichen.

Wie wollen Sie den Fahrradverkehr attraktiver und sicherer gestalten (z.B. Fahrradstraßen, 2,80 m breite Radwege etc.)?

Immer mehr Berliner*innen steigen auf den ÖPNV und das Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich breiter und sicherer sind.

Wir haben damit begonnen, die begrenzten Flächen in der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet haben. Unser Ziel ist es, dass alle, egal ob jung oder alt, allein oder mit Kindern, in Berlin sicher auf dem Rad und zu Fuß unterwegs sein können.

Damit sich allerdings der Trend zum Fahrrad fortsetzt, braucht es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit mehr Tempo weiter neue Radwege bauen. Wesentlicher Bestandteil dabei sind geschützte Radwege: knappe Überholmanöver mit zu geringem Abstand werden so vermieden und Zweite-Reihe-Parker zwingen nicht zu waghalsigen Ausweichmanövern. In den Kiezen wollen wir zudem attraktive Fahrradstraßen einrichten. Diese funktionieren allerdings nur, wenn wir mit gegenläufigen Einbahnstraßen oder Diagonalsperren den Durchgangsverkehr aus diesen Kiezen heraushalten können.

Zudem planen wir 100 Kilometer Radschnellwege auf denen man zügig und emissionsfrei ans Ziel kommt. Unser Ziel ist es, so ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz zu schaffen. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende Aufkommen anpassen.

Von zentraler Bedeutung ist für uns darüber hinaus die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir streben ein flächendeckendes Angebot in der ganzen Stadt an, das mit dem ÖPNV gut verknüpft ist und so den Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität fördert.

Wollen Sie innovative Verkehrskonzepte wie E-Carsharing fördern?

Private Pkw stehen im Schnitt 23 Stunden am Tag unbenutzt herum. Einen Großteil seiner Zeit verbringt ein Auto also damit, Platz zu besetzen und immobil zu sein, statt Mobilität zu ermöglichen. Carsharing ist hingegen sehr viel mehr auf eine effiziente und platzsparende Form der Mobilität ausgerichtet. Wenn das geteilte Auto zusätzlich elektrisch betrieben wird – möglichst mit Ökostrom – hat es dem privaten Benziner oder Diesel einiges voraus. Daher begrüßen und fördern wir E-Carsharing ausdrücklich. Intelligentes E-Carsharing kann einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leisten. Es kann das Bedürfnis nach individueller Mobilität befriedigen und Menschen beim Umstieg vom privaten Pkw unterstützen. Dafür muss das Angebot die gesamte Stadt abdecken. Um Carsharing in Berlin weiter zu entwickeln, zu fördern und auch zu lenken behandeln wir derzeit im Berliner Abgeordnetenhaus einen weiteren Teil des Mobilitätsgesetzes. Dieser behandelt verschiedene Aspekte der „Neuen Mobilität“. Auch das Straßengesetz hat neue Spielräume für Carsharing und -pooling eröffnet. Wir wollen die intelligent vernetzte, geteilte und emissionsfreie Mobilität in der gesamte Stadt. Dafür werden wir uns auch in Zukunft stark machen.

In welchem Umfang wollen Sie die Anzahl der Ladestationen für E-Mobilität erhöhen?

Berlin ist unter den deutschen Großstädten führend, was die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge betrifft. Schon heute erfüllen wir den Maßstab von einer Säule auf zehn Autos. Allerdings gilt es die Ladeinfrastruktur weiter auszubauen. Denn all jene, die in Berlin auf ein Auto angewiesen sind sollen sich auch für ein batterieelektrisches entscheiden können. Und zwar auch, wenn sie kein Eigenheim mit Lademöglichkeit haben. Denn im Moment finden die meisten Ladevorgänge im Privaten, also am Wohn- oder Arbeitsort statt. Wir unterstützen den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur auf öffentlichem Straßenland. Diese muss garantieren, dass anbieterneutral, also unabhängig vom Fahrzeugfabrikat und Stromversorger geladen werden kann. Die Genehmigung der Ladepunkte erfolgt über die Bezirke. Es liegt in ihrer Verantwortung nur solche Ladestationen zuzulassen, die später auch von allen genutzt werden können. Wie viele Ladestationen wir in Berlin tatsächlich brauchen werden, hängt stark von der technischen Entwicklung ab. Das zeitsparende Schnellladen wirkt sich im Moment noch belastend auf die Lebensdauer der Batterien aus. Wenn diese robuster werden, kann vermehrt Schnellladeinfrastruktur genutzt werden. Weniger Ladepunkte wären damit ausreichend.

Im Moment bestehen verschiedene Förderprogramme. Mit dem Programm Welmo unterstützt die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wirtschaftsnahe Elektromobilität.

Neben Fahrzeugen wird auch die Infrastruktur gefördert. Über den bisherigen Anbieter Alliander gab es bis vor einigen Monaten die Möglichkeit, Ladepunkte anzumelden. Diese wurden dann über die Bezirke geprüft und gegebenenfalls eingerichtet. Der Senat richtet zudem 2021 und 2022 im Rahmen des Forschungsprojektes „Neue Berliner Luft“ in Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf 1000 Ladepunkte an Laternen ein. Das Projekt soll weitere Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen der Anzahl der Ladepunkte und dem Umstieg auf die Elektromobilität ermöglichen. Wir streben an, den Betrieb der Berliner Ladeinfrastruktur künftig durch die landeseigenen Berliner Stadtwerke zu gewährleisten. Langfristig muss aber die Privatwirtschaft die (Tank-)Ladeinfrastruktur betreiben.

Welche sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten konkreten Maßnahmen, um den Verkehr in den Pankower Ortsteilen nachhaltiger zu gestalten und z.B. die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub zu reduzieren?

Um die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub zu reduzieren und den Verkehr ökologischer und sozialer zu gestalten, verfolgen wir berlinweit die Mobilitätswende. Wir haben dem Umweltverbund aus Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr gegeben. Durch Investitionen in den ÖPNV wollen wir dessen Attraktivität weiter stärken.

Berlin hat bereits ein sehr gutes ÖPNV-Netz. Wir finden daher auch Maßnahmen mit Lenkungswirkung richtig. Dazu gehört in erster Linie die Parkraumbewirtschaftung. Die Pankower Ortsteile entlasten wir in Zukunft vor allem mit der Straßenbahn. Und zwar durch die Erschließung des Blankenburger Südens zum S-Bahnhof Blankenburg und die Tangente aus Weißensee zum S-Bahnhof Pankow. Wir werden diese Projekte mit Nachdruck verfolgen. Die neuen Straßenbahnprojekte ermöglichen es vielen weiteren Menschen sich ökologisch in Pankow und über die Bezirksgrenzen hinaus fortzubewegen.

Um den Verkehr aus den Kiezen zu nehmen und um gegen Durchgangsverkehr vorzugehen, eignen sich Kiezblocks nach dem Vorbild Barcelonas gut. In Pankow haben sich dafür bereits zahlreiche Initiativen gebildet. Wir unterstützen diese ausdrücklich.

Wir haben in dieser Legislaturperiode damit begonnen, mehr Möglichkeiten für die Nutzung des öffentlichen Raums zu schaffen. Es können nun viel leichter temporäre Spielstraßen eingerichtet werden. Wir wollen diesen Weg weitergehen und die Stadt Stück für Stück den Berlinerinnen und Berliner zurückgeben. Mit Straßen für Menschen, statt für Autos.

TEIL 5: BILDUNG

Umweltbildung muss bereits in Schulen und Kindergärten beginnen. Wie setzen Sie sich dafür ein? Wie wollen Sie die Einrichtung von Schulgärten befördern? Welche Funktion weisen Sie den Kleingärten in der Natur- und Umweltbildung zu?

Umweltbildung ist unter der Bezeichnung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bereits im Rahmenlehrplan verankert und soll in alle Fächer aller Schulen in den Klassen 1-10 einfließen. Bei der aktiven Umsetzung möchten wir die Schulen unterstützen. Wir haben deshalb die außerschulischen Umweltbildungsorte sowie die Gartenarbeitsschulen finanziell und personell gestärkt und wollen diesen Kurs fortsetzen. Sie sollen auch Kita-Kindern zugutekommen.

Außerdem wollen wir Kooperationen zwischen Kitas/ Schulen und Kleingärten stärken. Wir freuen uns über jeden Kleingartenverein, der ein Gemeinschafts- und Lern-Beet für eine nahegelegene Kita oder Schule zur Verfügung stellt. Die Vereine könnten eine gute Brücke sein, um zu helfen, die Schulgärten zu stärken und neue zu gründen. Derzeit leiden die Schulgärten darunter, dass der Schuljahresrhythmus nicht mit dem Gärtnern harmoniert. Ein großes Problem sind die Schulferien – insbesondere nach den Sommerferien ist vieles dahin. Deshalb wollen wir auch Patenschaften in der Nachbarschaft anregen und koordinieren helfen. So können schöne Lernsettings und zugleich mehr Nachbarschaftsgeist entstehen.

Wie kann sichergestellt werden, dass die Infrastruktur der Bildung zum Thema „Digitalisierung“ ausgebaut und abgesichert wird? Welche zusätzlichen Anstrengungen müssen unternommen werden, um die rasanten Prozesse der gesellschaftlichen Digitalisierung in Schulen voranzubringen?

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur wurde von der Senatsverwaltung lange verschlafen. Umso mehr müssen wir jetzt mit Hochdruck dafür sorgen, alle Schulen mit einem Glasfaseranschluss sowie leistungsfähigem WLAN zu versorgen. Darüber hinaus sollen den Schulen ein integriertes Schuldatenmanagement sowie Lernmanagementsysteme zur Verfügung gestellt werden. Die Pädagog*innen brauchen endlich einen mobilen, digitalen Arbeitsplatz, auf dem sie administrative wie pädagogische Aufgaben bearbeiten können. Auch die Schüler*innen sollten alle über ein Endgerät verfügen. Wichtig ist uns dabei, dass die Technik kein Selbstzweck ist, sondern ein funktionierender Rahmen, innerhalb dessen es sich gut lehren und lernen lässt. Es muss ergänzt werden durch hochwertige Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte und durch pädagogisch-didaktische Lernkonzepte, die unsere Schüler*innen zu souveränen, mündigen Nutzer*innen und Gestalter*innen der Technik machen.

Wie gestalten Sie das Politikfeld Bildung mit Blick auf die Themen „Demokratiestärkung“, „Digitalisierung“ und „Diversität“ in der kommenden Legislaturperiode?

Für den Bildungsbereich sehen wir einen direkten Zusammenhang zwischen der Digitalisierung und einer Demokratiestärkung. Denn die digitalen Kommunikations- und Lernplattformen verstärken das eigenständige, projektorientierte Lernen sowie die Kommunikation auf Augenhöhe zwischen Lehrkräften und Schüler*innen, die manches voneinander lernen können. Digitale Bildungsmedien können durch individuelle Lernarrangements zudem einen Beitrag leisten und Diversität stärken.

Eine demokratische Schulkultur ist der beste Schutz gegen Hass und Ausgrenzung. Dies möchten wir weiter fördern durch eine Stärkung der Kompetenzen der Schulkonferenz. Die Schulgemeinschaft soll über die Mittel der Schule gemeinsam entscheiden. Kinder und Jugendliche sollen durch eine stärkere Beteiligung in der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der Schülervertretung (SV), einen flächendeckenden Klassenrat und Schüler*innenparlamente mehr Raum für Mitbestimmung erhalten. Wir wollen Formate entwickeln, damit dies bereits ab der ersten Klasse gelingen kann. Projekte wie Schüler*innenhaushalte und Lernen durch Engagement tragen zur Demokratieförderung bei und sollen noch stärker gefördert werden.

Diversität hat viele Dimensionen. Eine sehr wichtige ist für uns die Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unser Ziel ist es, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur Selbstverständlichkeit werden. Die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen soll in Abstimmung mit den Bezirken zügig vorgenommen werden, damit ein möglichst wohnortnahes Angebot für alle Kinder geschaffen wird. Die Schwerpunktschulen sollen eine attraktive Alternative zu den sonderpädagogischen Förderzentren sein und keinesfalls die inklusive Arbeit der übrigen Regelschulen beeinträchtigen. Denn unser Ziel ist es, langfristig alle Regelschulen so aufzustellen, dass sie alle Kinder inklusiv beschulen – sowohl durch bauliche Anpassung als auch durch personelle Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre Ausbildung verbessern und sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse an den Schulen bringen. Ebenso sollen die Schulhelfer*innen zur Schulassistenten weiterqualifiziert und Schulen zur Einrichtung eines Ruheraums verpflichtet werden.

Die Förderung von Mehrsprachigkeit ist für uns außerdem ein wichtiger Teil diskriminierungsfreier Schule, denn die eigene Sprache ist ein wichtiger Teil der Identität. Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder der Herkunft.

Wie sollte der Bezirk Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern? Sehen Sie Möglichkeiten, Kleingartenvereine stärker in zukunftsfähige Konzepte einzubinden?

Viele Ernährungsgewohnheiten werden bereits im Kleinkindalter geprägt, umso wichtiger ist gutes und nachhaltiges Essen in der Kita und eine Kleinkind-gerechte Ernährungsbildung, auf die später in den Schulen aufgebaut werden kann. In Kitas wird oftmals noch vor Ort gekocht, produktive Kooperationen mit Kleingartenvereinen sind hier also in besonderem Maße sinnvoll. Aber auch darüber hinaus können Kooperationen mit Kleingartenvereinen einen wertvollen Beitrag im Bildungsbereich leisten. Besuche in Kleingärten, Mitarbeit bei Ernte und Verarbeitung können helfen ein besseres Verständnis für die Pflanzen, ihr Wachstum, die Jahreszeiten und auch die Bedeutung von Insekten und Bestäubern zu bekommen. Die Scheu vor all dem, was da kreucht und fleucht wird damit abgebaut. Erfahrene Gärtner*innen können zudem gute Pat*innen sein auch für die Pflege der Schulgärten.

Kitas und Schulen spielen eine wichtige Rolle in unserer Berliner Ernährungsstrategie. Wir wollen den Anteil von biologisch produzierten, saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte sowie Pflanzendrinks ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten, Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.